

Zusammenfassung der Umfrageergebnisse „Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen in den Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen“

Kernbotschaften:

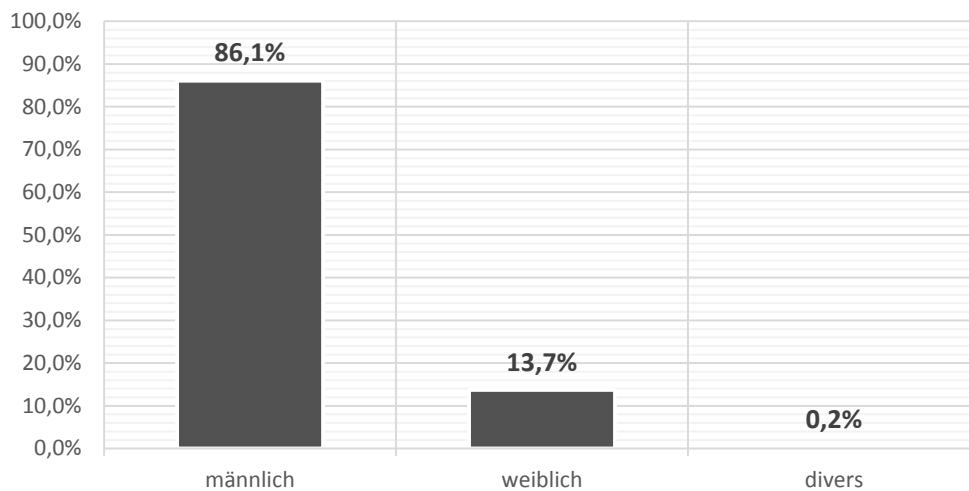
1. **Mehr als ein Drittel (im Ballungsraum Hannover: die Hälfte) der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen hat Erfahrungen mit Gewalt machen müssen.**
2. **Mit Abstand am häufigsten wurden Beschimpfungen und Beleidigungen mit Worten und Gesten erlebt. Den sozialen Medien kommt dabei eine große Bedeutung zu.**
3. **Täter waren weit überwiegend Einzelpersonen, Alkoholeinfluss spielte dabei praktisch keine Rolle.**

Die Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen hat eine Befragung zu Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen (= Erfahrungen mit Gewalt) in den Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen durchgeführt, um herauszufinden, wie stark die Feuerwehren in Niedersachsen hiervon betroffen und welche Formen am Verbreitetsten sind. Unfallanzeigen von behandlungsbedürftigen Gesundheitsschäden, die infolge von Gewalterlebnissen verursacht worden sind, liegen nur in wenigen Einzelfällen vor. In der Praxis sind weitaus häufiger eher niederschwellige Vorfälle bedeutsam, die für sich allein gesehen keine Meldepflicht beim gesetzlichen Unfallversicherungsträger auslösen.

Die Beteiligung an der Umfrage war ausschließlich über eine online-Plattform des Instituts Arbeit und Gesundheit (IAG) der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung möglich. Der Zugang zum Fragebogen wurde per E-Mail an alle Kreisbrandmeister sowie an alle Stadtbrandmeister der kreisfreien Städte versandt. Im September wurde in der Region Hannover und im Landkreis Leer die Pilotumfrage durchgeführt. Die landesweite Hauptumfrage startete Ende Oktober. Damit konnten sich unseres Wissens nach **erstmalig alle** volljährigen aktiven Feuerwehrangehörigen in Niedersachsen an einer gezielten Umfrage zu dieser Thematik beteiligen. Der Befragungszeitraum dauerte jeweils vier Wochen an. Insgesamt haben 2.668 aktive freiwillige Feuerwehrmitglieder an der Umfrage teilgenommen. Darin enthalten sind die Teilnehmenden sowohl der Pilot- als auch der Hauptumfrage. Um möglichst aktuelle und genaue Angaben zu erhalten, bezieht sich die Umfrage auf die vergangenen zwei Jahre oder die zuletzt erlebte Situation. Dies wird in den entsprechenden Fragen kenntlich gemacht. Aufgrund der **hohen Rücklaufquote** lässt sich aus den Ergebnissen der anteiligen Stichprobe **ein eindeutiger Trend** ableiten. Im Merkmal „Geschlecht“ ist das Umfrageergebnis **repräsentativ**. Die wichtigsten Ergebnisse werden im Folgenden grafisch dargestellt.

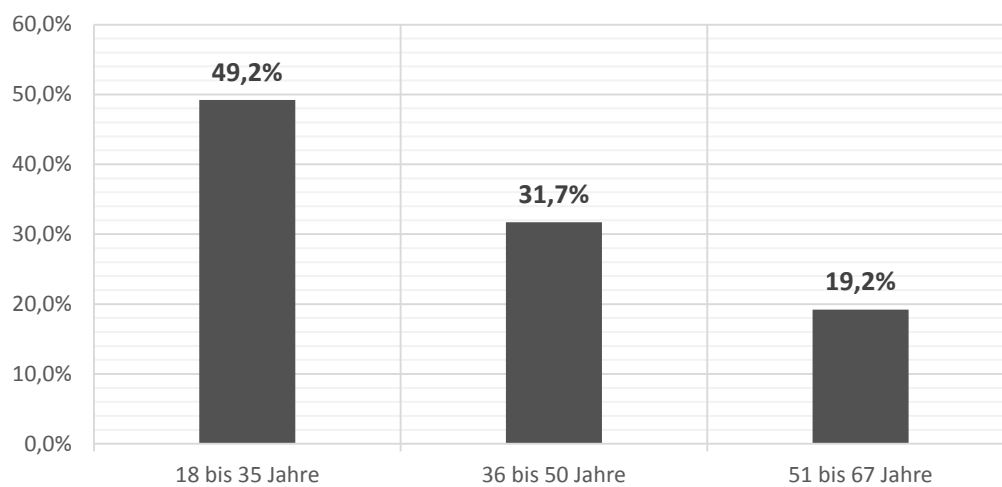
Dem IAG in Dresden und der Berliner Feuerwehr danken wir für die Unterstützung bei der inhaltlichen Ausgestaltung und der Konzeption des Fragebogens sowie der Auswertung der Umfrage.

Geschlecht



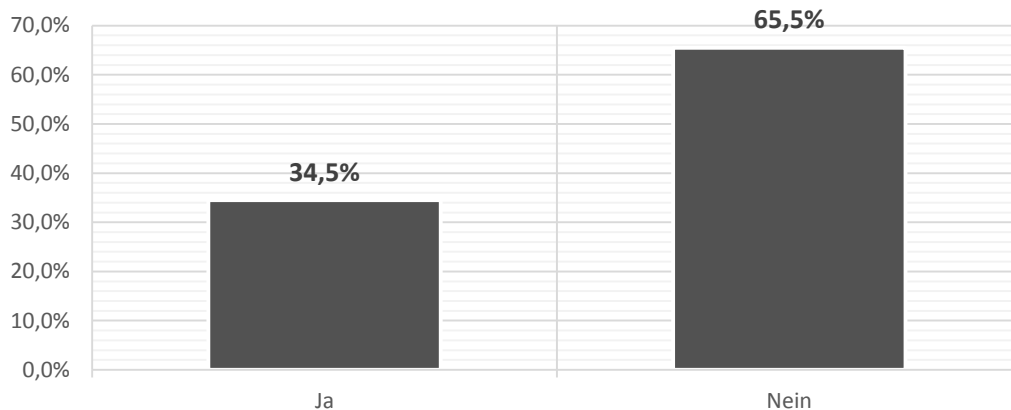
86,1% der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen waren männlich und 13,7% weiblich. 0,2 % machten die Angabe „divers“. Im Merkmal „Geschlecht“ entspricht die Stichprobe prozentual der Grundgesamtheit. Die Umfrage ist in diesem Merkmal repräsentativ.

Alter



Knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen ist zwischen 18 und 35 Jahren, ca. 1/3 ist 36 bis 50 Jahre alt. Etwa 20% aller Teilnehmenden sind im Alter von 51 bis 67 Jahren.

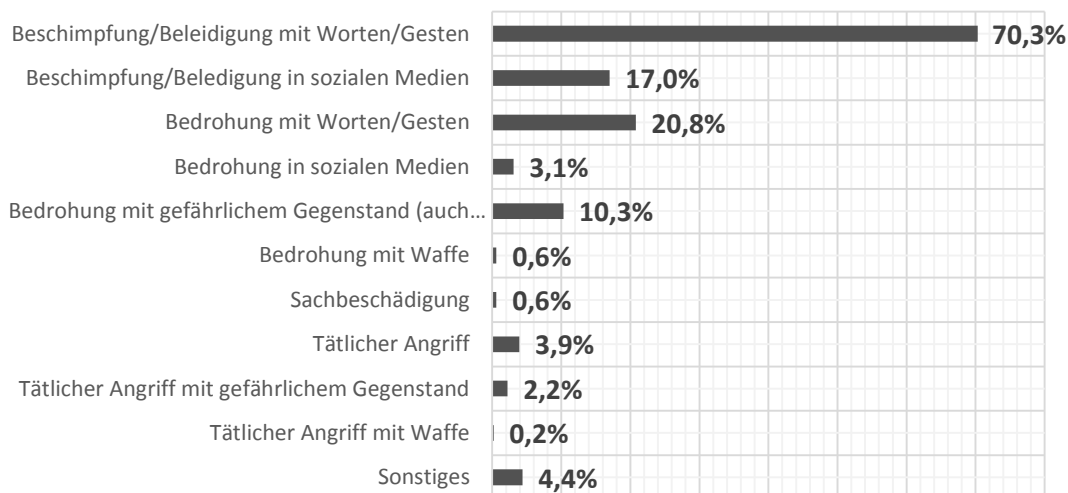
Haben Sie in den letzten zwei Jahren Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätliche Angriffe (=Gewalt) während Ihrer Tätigkeit als aktives Feuerwehrmitglied erlebt?



Mehr als ein Drittel der Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Umfrage hat als aktives Feuerwehrmitglied bereits Gewalt in Form von Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen erlebt.

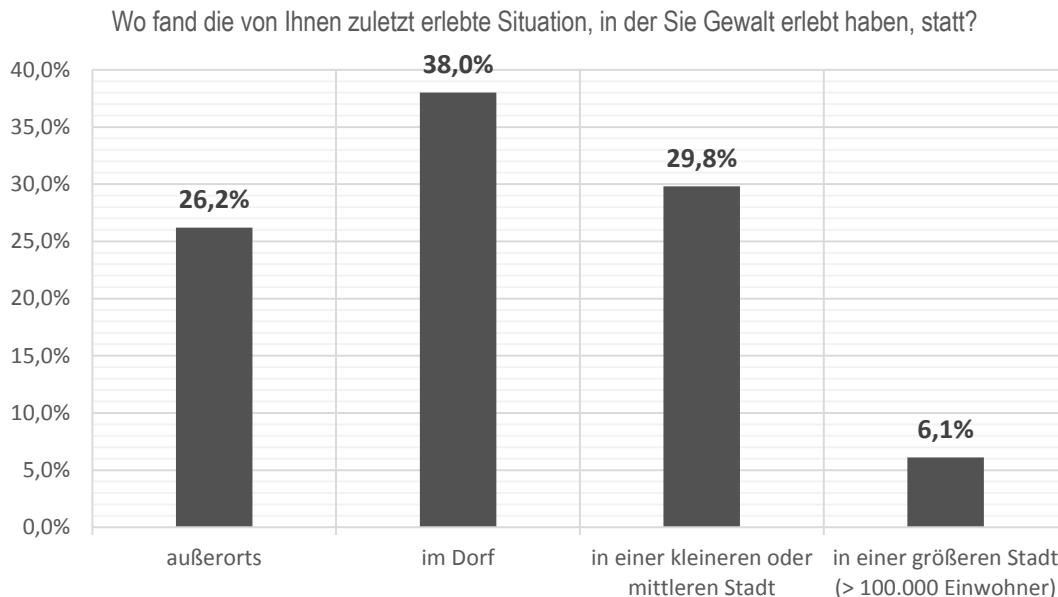
In der Pilotumfrage gaben **50%** an, bereits Gewalt erfahren zu haben. $\frac{3}{4}$ der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen kamen aus der Region Hannover, das andere Drittel stammte aus dem Landkreis Leer. Der Landkreis Leer hat ungefähr 2.400 aktive freiwillige Feuerwehrmitglieder, wohingegen der Region Hannover 9.000 aktive Freiwillige angehören. Die im Vergleich zum Landesergebnis erhöhte Zahl der Gewalterfahrungen könnte daraus resultieren, dass die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden aus dem Ballungsraum Hannover kommt („Hotspot“) (→ Stadt-Land-Gefälle).

In welcher Form haben Sie Gewalt in den vergangenen zwei Jahren erlebt?

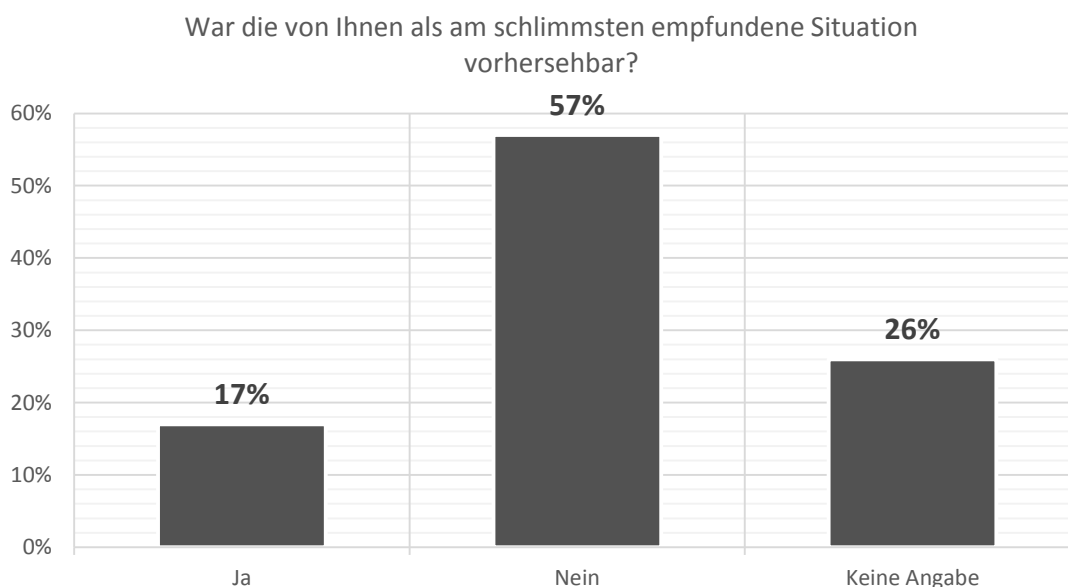


Hier waren Mehrfachnennungen möglich. Auffällig ist, dass der Großteil der Umfrageteilnehmenden in den vergangenen zwei Jahren Beschimpfungen und Beleidigungen mit Worten/Gesten erfahren hat. Außerdem wurden vermehrt Bedrohungen mit Worten/Gesten erlebt. Aus der Auswertung der offenen Fragen ließ sich

schließen, dass **56%** der Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen **in Zusammenhang mit Straßensperrungen** stehen. Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen in sozialen Medien haben ebenso einen deutlichen Anteil.

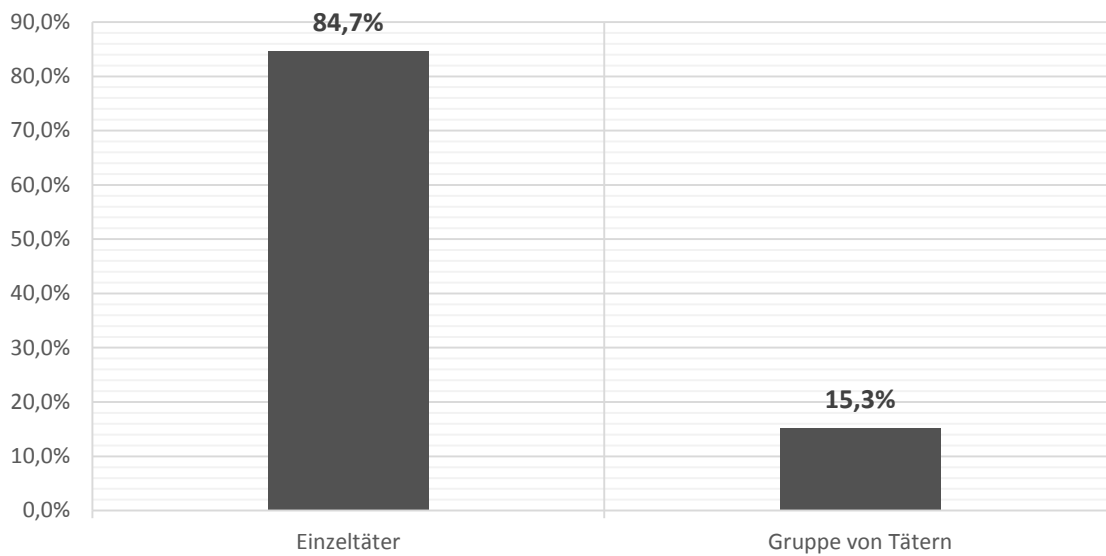


Bezüglich des Stadt-Land-Gefälles zeigt sich kein starker Trend. Knapp 40% gaben an, dass die zuletzt erlebte Situation „im Dorf“ stattfand. Dass nur 6,1 % der Gewalterlebnisse in einer Großstadt anzusiedeln sind, dürfte dadurch erklären, dass hier überwiegend Berufsfeuerwehren an Einsätzen beteiligt sind.



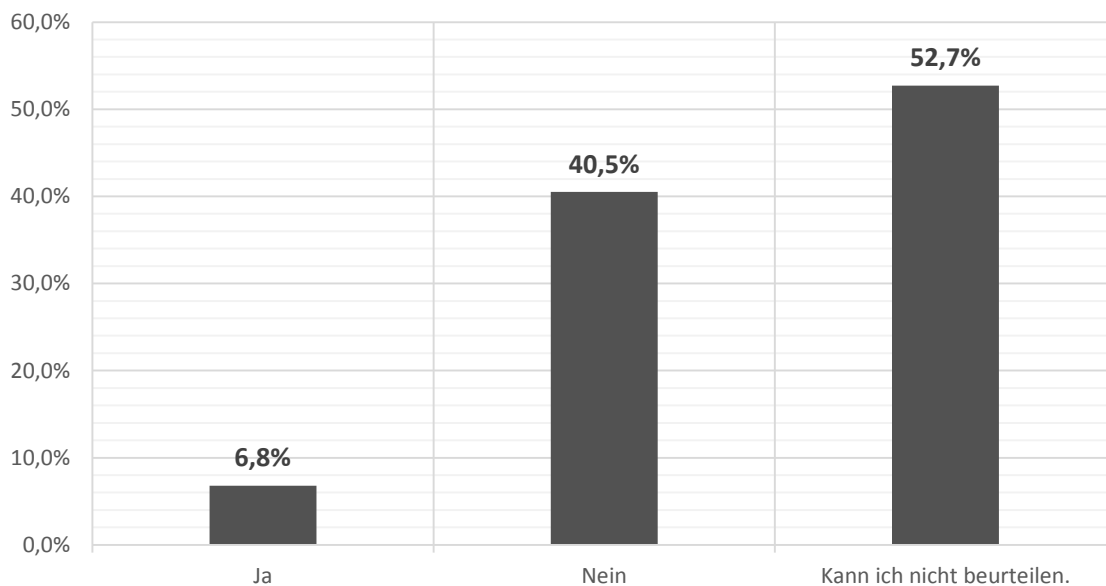
Für mehr als die Hälfte der Befragten war die als am schlimmsten empfundene Situation nicht vorhersehbar. Die Auswertung der offenen Fragen bestätigt, dass **38%** der Befragten in der jeweiligen Situation **deeskalierend** reagiert und sich dementsprechend **richtig verhalten** haben.

Handelte es sich in Ihrer zuletzt erlebten Situation um einen einzelnen Täter oder um mehrere Täter?



Es sticht heraus, dass knapp 85% der Befragten angeben, in ihrer zuletzt erlebten Situation **Opfer von Einzeltätern** geworden zu sein. Nur 15% der Befragten hatten es mit Gruppen von Tätern zu tun.

Standen der oder die Täter unter Alkoholeinfluss?



In Bezug auf Erfahrungen mit Gewalt spielt Alkohol keine bedeutende Rolle. Nur knapp 7% gaben an, dass der oder die Täter mit Sicherheit unter Alkoholeinfluss gestanden haben muss/müssen. 40,5% beantworteten diese Frage mit „Nein“ und etwa die Hälfte konnte dies nicht beurteilen. Ein ähnliches Ergebnis erbrachte die Frage nach möglichem Drogeneinfluss der Täter.

Zusammenfassung und Ausblick:

1. Das Befragungsergebnis macht deutlich, dass es weniger um körperliche Gesundheitsschäden geht (was auch die geringe Anzahl von Unfallanzeigen erklärt), als vielmehr um eher psychische Belastungen durch verbale Gewaltvorfälle, die für sich allein gesehen keiner medizinischen Betreuung bedürfen.
2. Die Antworten auf die offenen Fragen der Umfrage haben ergeben, dass insbesondere die Öffentlichkeit über die Tätigkeit und die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehr in der Gesellschaft noch stärker und gezielter aufgeklärt werden muss. 30% der Umfrageteilnehmenden machten hierzu Angaben. Es scheint wenig Verständnis bei den Tätern für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr vorhanden zu sein und Großteils an Respekt gegenüber den Feuerwehreinsatzkräften zu mangeln.
3. Sobald wieder möglich sollen Seminare, Schulungen und Workshops zu Themen wie Deeskalation und richtiges Verhalten am Einsatzort stattfinden. Wichtig ist, dass diese von Experten und Expertinnen abgehalten werden, da es sich um eine sensible und ggf. mit traumatischen Erlebnissen verbundene Thematik handelt. Die Seminare sollen dezentral in allen Landkreisen und Städten in Niedersachsen angeboten werden.
4. Insgesamt soll eine stärkere Vernetzung mit der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz realisiert werden. Gegebenenfalls könnten auch dort entsprechende Seminare und Schulungen durchgeführt werden. Sofern die aktuelle Covid19-Situation dies zulässt, soll 2021 ein Fachsymposium der Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte stattfinden.
5. 20% der Teilnehmenden betonen, dass der strafrechtliche Aspekt im Blick behalten werden muss – auch, um weiterer Resignation vorzubeugen. Härtere und sofortige Sanktionen könnten dazu beitragen, Gewalt gegen Feuerwehreinsatzkräfte zu verringern. Gewalterlebnisse müssen dem Ortsbrandmeister und ggf. der Polizei gemeldet werden. Hier ist die Politik gefordert.